

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 523

Mittwoch, 28. November 2012

19. Jahrgang

La Puya – Gemeinden kämpfen friedlich für ihr Territorium

Seit einem Jahr lauert ein latenter Konflikt 27 Kilometer südlich von Guatemala Stadt in La Puya, wo ein weiteres Beispiel von ungefragter Ausbeutung guatemaltekischer Naturressourcen durch internationale Unternehmen ins Rampenlicht rückt – das Gold- und Silberbergwerk El Tambor (siehe ¡Fijáte! 427). Verschiedene Presseberichte, unter anderem vom Kollektiv Madre Selva, ein Aufruf von Amnesty International und der Artikel von Rosario Suárez: „GUATEMALA: „BLUE HELMETS“ ORGANIZED BY COMPANIES FOR CONFLICT, NOT FOR PEACE“ bilden die Grundlage des folgenden Artikels.

Wie alles begann...

Anfang 2011 bemerkten NachbarInnen von San Pedro Ayampuc und San José del Golfo, Department Guatemala, dass ein Bergbauunternehmen, ausgestattet mit einer Erkundungslizenz, nach Gold und Silber in ihrem Territorium suchte. Besagtes Projekt ist die Bergmine El Tambor und gehört der US-amerikanischen Firma Kappes, Cassidy & Associates (KCA) mit ihren Tochterfirmen Exploraciones Mineras de Guatemala S.A (EXMINGUA) und Servicios Mineros de Centro America S.A. Die Lizenz wurde am 24. November, also vor einem Jahr, autorisiert – ohne die betroffene Bevölkerung vorher zu befragen. Als Antwort auf dieses Projekt beschlossen die AnwohnerInnen im März diesen Jahres, den Eingang zur Mine zu blockieren und ein Camp in der Kreuzung zum Eingang des Betriebsgeländes, genannt La Puya, zu errichten und somit eine permanente friedliche Protestaktion aufrecht zu erhalten.

Diese Blockade begann mit Estela. Die 29jährige beobachtete, wie Arbeiter am 2. März in die Mine wollten und sie blockierte kurzerhand den Eingang mit ihrem Auto, rief anschliessend Freunde und NachbarInnen an, die nach und nach kamen und seitdem nicht mehr gingen. Es geht ihnen um die Zukunft ihrer Kinder, ihres Landes, des Wassers und ihrer Gemeinden.

Acht Monate Proteste und Einschüchterungen...

Seit nunmehr acht Monaten wechseln sich die NachbarInnen bei der Wache ab, so dass La Puya 24 Stunden am Tag besetzt bleibt und dadurch verhindert wird, dass die Firma ihre Maschinen einfahren und mit dem Abbau beginnen kann. Die Protestierenden selbst nennen sich FREN-AM (Nördliche Front des metropolitanen Gebiets). Allerdings sind Drohungen, Einschüchterung und tätliche Übergriffe fast schon Alltag für die friedlich Protestierenden geworden. So versuchte die Firma zum Beispiel am 8. Mai um ein Uhr morgens 25 Laster mit Maschinen auf das Betriebsgelände zu bringen. Sie wurden von 40 Patrouillen der Polizei (PNC – oder auch des Militärs, je nach Quelle) begleitet. Nach Angaben der PNC (oder des Militärs) führe man nur seine Schutzfunktion aus. Dagegen organisierten sich die NachbarInnen und 2.000 Personen aus den Nachbardörfern erschienen, um dies zu verhindern. Dabei blieben die Leute friedlich, wodurch eine Eskalation vermieden wurde. Am 13. Juni erhöhte sich das Gewaltpotential das Konfliktes, als auf eine der Anführerinnen geschossen wird. Yolanda Oqueli wurde von einem unbekanntem Motorradfahrer angeschossen, als sie den Protestplatz verliess (¡Fijáte! 513). Es dauerte mehrere Monate mit Operationen und Rehabilitation, bis sie zu ihrer Gemeinde zurückkehren konnte.

Inhaltsverzeichnis

La Puya – Gemeinden kämpfen friedlich für ihr Territorium.....1

Morddrohung an Claudia Samayoa.....2

Mataquescuintla, Jalapa lehnt in einer Volksbefragung Metallminen ab.....4

Protokoll zur interinstitutionellen Zusammenarbeit stärkt Militär.....5

Neues zu Totonicapán6

Ein Jahr danach...?

Da nun am 24. November die Abbaulizenz ein Jahr gültig sein wird, riskiert die Firma, dass diese widerrufen wird. Grund dafür ist das Bergbaugesetz, welches besagt, dass innerhalb eines Jahres mit dem Abbau begonnen werden muss, damit die Lizenz ihre Gültigkeit behält.

Um eben dies zu vermeiden, begann die Firma am 13. Oktober eine Provokationsoffensive gegen die friedlichen WiderständlerInnen zu führen und zog dabei die Ex-Militärs Mario Figueroa Archila (Manager von EXMINGUA) und Pablo Orozco (Direktor im Bergbau- und Energieministerium unter Álvaro Coloms' Regierung) zu Rate. Ihre Strategie besteht darin, vermeintliche MitarbeiterInnen der Firma auf das Betriebsgelände zu schicken und dabei die ProtestantInnen tödlich anzugreifen, zu beschimpfen, zu schubsen, etc. Teil des Plans ist anscheinend auch die Ausnutzung von Kindern zum Zweck der Konflikteskalation. Die ArbeiterInnen und darunter auch die Kinder tragen blaue Helme, die an die UN-Friedenskräfte erinnern, eigentlich aber Schutzhelme für das Bergwerk sind. Internationale Konventionen erklären aber, dass Kinder weder zur Arbeit angestellt noch zu politischen oder militärischen Zwecken missbraucht werden dürfen. Und doch konnte man am 8. November mehr als 30 Kinder beobachten, die blaue Helme trugen und mit anderen Leuten auf dem Weg zum Bergwerk in San José del Golfo waren.

Am 12. November erschienen um die 70 Personen zu diesem Zweck. Mutmassliche Arbeiter der Mine, blaue Helme tragend, kamen mit Megaphonen an und erzwangen den Zugang zum Bergwerk. Die Gemeindeleute schufen im Gegenzug eine menschliche Mauer, um eben dies zu verhindern. Dem folgten Stunden von Spannung: ein Hubschrauber (später als Eigentum der Firma EXMINGUA identifiziert) überflog das Gebiet und schüchterte die Menschen ein, weitere ProtestiererInnen aus der Hauptstadt und der sozialen Bewegung trafen ein, sowie auch die Ombudsstelle für Menschenrechte (PDH), die Präsidiale Menschenrechtskommission (COREDEH) und die PNC. In dem Moment begannen die Verhandlungen. Trotzdem berichteten zwei AktivistInnen, dass sie auf ihrem Nachhauseweg nach San José del Golfo von einem Mann mit einer Machete bedroht und anschliessend von ihm verfolgt worden, bis sie entkommen konnten. Nicht nur die BewohnerInnen, sondern auch MedienvertreterInnen werden bedroht. Wie die Nachrichtenagentur Cerigua am 23. November berichtet, erhielten mehrere JournalistInnen und MitarbeiterInnen der *Centro de Medios Independientes* (Zentrum für unabhängige Medien) Todesdrohungen von Seiten der ArbeiterInnen der Firma KCA, als diese am vergangenen Donnerstag gegen Mittag in La Puya fotografierten und filmten. Während einige FirmenmitarbeiterInnen einerseits die BewohnerInnen der Gemeinden San Pedro Ayampuc y San José del Golfo durch Geldversprechen und Geschenke für ihr Projekt begeistern wollen, haben andere, angeführt von dem Militärangehörigen Pablo Silas Orozco die JournalistInnen zugerufen, sie würden sie zum Teufel jagen und ihnen die Hände abhacken, wenn sie weiterhin Fotos machen würden. Die JournalistInnen erklärten, dass dies eine Verletzung ihrer Rechte als Bürger und unabhängige Berichterstatter, weshalb sie die Regierungsstellen, die Staatsanwaltschaft sowie die Ombudsstelle für Menschenrechte bitten, einzuschreiten und diese Provokationen von Seiten der Minengesellschaft zu beenden. Allerdings muss festgestellt werden, dass auf den Videos der Ereignisse, die die Koordination der *Convergencia Waqib Kej* auf youtube veröffentlicht hat (siehe u.a. <http://www.youtube.com/watch?v=vbq5I-C9sz8&feature=relmfu>) keinerlei physische und nur wenig verbale Aggression zeigt.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses (25. November) dauert die Protestaktion an und es bleibt abzuwarten, ob der Konflikt weiter eskaliert oder ob die friedliche Protestbewegung letztendlich mit Erfolg gekrönt sein wird.

Morddrohung an Claudia Samayoa

Guatemala. 21. Nov. Das *Observatorium für den Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen* (MRV) startete einen internationalen Aufruf, da die Koordinatorin der *Einheit zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala* (UDEFEFUGA) erneut Drohungen erhielt.

Am 19. Oktober 2012 erhielt Claudia Samayoa eine weitergeleitete e-mail, die eine Pressemitteilung beinhaltet. Diese wurde vermutlich am 15. Oktober von der *Stiftung gegen Terrorismus* verfasst (und im Nachhinein von mehreren Tageszeitungen teilweise wiedergegeben) und beschreibt Claudia Samayoa als jemanden, der eine anti-unternehmerische und terroristische Einstellung inne habe. Dies komme dadurch zum Ausdruck, dass UDEFEFUGA verschiedene Organisationen finanziere, die gegen Firmen vorgingen und destabilisierten. Des weiteren trüge sie, zusammen mit anderen MRV (Laura Hurtado Paz y Paz und Enrique Corral Alonzo) Verantwortung an der Entführung von Ricardo Méndez Ruiz Valdez im Jahr 1982 (*Über diese Person unten mehr, die Red.*). Weiterhin soll sie die *Konvergenz für Menschenrechte*, in der UDEFEFUGA vertreten ist, ausgenutzt haben um „ihre“ Generalstaatsanwältin“ (Claudia Paz y Paz) sowie verschiedene RichterInnen, die gegen das Gesetz verstossen, ins Amt gehievt zu haben.

Die genannte Pressemitteilung bedroht ausserdem in direkter Weise die genannten Individuen und Organisationen, in-

dem sie daraufhin verweisen, dass, wenn sie weiter so machen, die *Stiftung gegen Terrorismus* sich verteidigen müsse und sie die Konsequenzen zu tragen hätten. Gleichzeitig wird allgemein zur Verteidigung des Vaterlandes aufgerufen.

Das so verfasste Dokument soll grosse Ähnlichkeiten mit Schriftstücken haben, die von Organisationen wie die „Schwarze Hand“ („la mano negra“) in Kriegszeiten veröffentlicht wurden – und mit Mord, Verschwinden lassen oder Exil endeten. Die Pressemitteilung und die darin enthaltenen Drohungen führten zu Anzeigen, das PDH hat allerdings noch nicht die vermutlichen Autoren befragt, wohl aber alle Opfer.

Und nun, in der Woche vom 2. November erhielten Claudia Samayoa sowie ein Mitglied des Menschenrechtsbüros des Erzbischofs (ODHAG) Mitteilungen über geplante Attentate auf ihre Leben, die in Vorbereitung wären.

Das Observatorium spricht sich offiziell gegen diese Drohungen aus und bittet darum, die guatemaltekischen Autoritäten auf deren Aufgabe hinzuweisen, ihre BürgerInnen sowie Organisationen zu schützen, Ermittlungen durchzuführen und einen Gerichtsprozess zu beginnen, die Drohungen zu beenden. Zudem verwies es auf die Schutzbestimmungen, die die Interamerikanische Kommission der Menschenrechte Claudia Samayoa zusprach, und forderte, dass die guatemaltekischen Behörden diesen entsprechen müssten.

Wer ist Ricardo Méndez Ruiz Valdez?

Ricardo Méndez Ruiz Valdez ist der Sohn von Ricardo Méndez Ruiz Rohmoser, der während der Diktatur von Rios Montt Innenminister war. Er wurde im Frühjahr 1982 mutmaßlich von AktivistInnen der Guerillaarmee der Armen (EGP), bzw. genauer einer abgespaltenen Fraktion innerhalb der Guatemaltekischen Arbeiterpartei (PGT), entführt, um inhaftierte Guerilleras frei zu pressen. Er wurde Ende August freigelassen. Nach eigenen Angaben wurde er gefoltert.

Er ist der Direktor der *Stiftung gegen Terrorismus* und hat – wie Emisoras Unidas ausgestrahlt hat - die Pressekonferenz am 15.10. bestritten hat. Er war es auch, der vor einem Jahr 26 ehemalige Guerilleras, linke AktivistInnen und PolitikerInnen wegen Beteiligung oder intellektueller Urheberchaft seiner Entführung angezeigt hat (siehe **Fijate** 497) – nicht zufällig zum selben Zeitpunkt, als Efraim Rios Montt, der Freund und Förderer seines Vaters, wegen Genozid angeklagt wurde. Auch Laura Hurtado Paz y Paz, eine Cousine der Bundesstaatsanwältin Claudia Paz y Paz, gehörte zu den Beschuldigten.

Zwei Entführungen von 1982 und die Folgen

Und es gibt eine weitere Verbindung zwischen Méndez Ruiz und der Familie Hurtado Paz: Wie ein ausführlicher Artikel der Online-Zeitung Plaza Pública von Januar 2012 beschreibt, wurde ein Tag nachdem Ruiz entführt wurde, der Mediziner und Anthropologe, damals Institutsdirektor an der Universität Francisco Marroquin, Juan José Hurtado Vega, von staatlichen Sicherheitskräften verhaftet, um einen Faustpfand bei etwaigen Verhandlungen mit der EGP zu haben, denn vier Kinder von Hurtado sollen Mitglieder der Guerilla gewesen sein, darunter eben auch Laura Hurtado.

Hurtado wurde Ende Juli freigelassen und ging ein paar Tage später mit seiner Frau, Elena Paz y Paz, ins Exil in die USA. Neun Tage wurde auch Ruiz freigelassen. Auch er verließ für einige Jahre das Land und lebte irgendwo in Südamerika. Als er zurückkehrte, ging er in die Politik, war Kandidat der FRG für das Bürgermeisteramt in der Hauptstadt, Kandidat für die selbe Partei für den Kongress. Stets erfolglos.

Nun – so schrieb José Andrés Ochoa in der Plaza Pública – wende Ruiz ähnliche Methoden gegen Claudia Paz y Paz und andere an, wie das Militär mit der Entführung des Ehemannes ihrer Tante, Juan José Hurtado. Er zitiert Ruiz mit den Worten „Die Anzeige, die ich präsentiere, ist schlicht und einfach der Beginn einer militärischen Gegenoffensive auf der dritten Etappe des Krieges, der gerade angefangen hat, ein Angriff gegen die Offensive, die die Guerilla mit der Verhaftung der Generäle begonnen hat.“

In der Tatsache, dass nun Menschen wie Claudia Paz y Paz und andere, die selbst (oder deren Familien) aus dem Widerstand gegen die Militärdiktaturen stammten, hohe Funktionen im Staat innehalten, sehen Menschen wie Ruiz eine Kriegserklärung gegen sich und den Status Quo in der Gesellschaft. Die Bundesstaatsanwältin sei – so Ruiz – definitiv ein Teil des Fachwerks der Subversion gewesen, ein wichtiger Stein. Mit der Verhaftung der Generäle habe sie die Zeit zurückgedreht und mit seiner Aktion habe er die Antwort des Militärs darauf gegeben.

Nachdem seine Anträge vor Gericht bisher nicht erfolgreich waren, scheint er nun auf andere los zu gehen und zu anderen typischen Mitteln der Militärs zu greifen: der unmittelbaren Bedrohung gegenüber jenen, die versuchen, das alte System der Menschenverachtung, dem er angehört, durch eine Politik, die an den Menschenrechten orientiert ist, zu ersetzen. Nun scheint also Claudia Samayoa das nächste Opfer dieser Militäroperation zu sein.

Räumung der Gemeinde „20 de Octubre“

Guatemala, 21. Nov.- Etwa 500 BäuerInnen, die der *Union der BäuerInnenorganisationen in den Verapaces* (UVOC) angehören, realisierten eine friedliche Demonstration in Cobán, Department Alta Verapaz. Ziel der Proteste war es, die Regierung aufzufordern, den Landräumungen ein Ende zusetzen.

Carlos José Antonio López, Anwohner des Polochic-Gebiets, sagte, dass sie über die verschiedenen Tätigkeiten der Regierung beunruhigt seien. So wurden zum Beispiel 400 Familien aus der Gemeinde *20 de Octubre*, Stadtgebiet Cahabón, vertrieben. Ihre Ernten und Behausungen wurden verbrannt. Der Gemeindeführer gab weiterhin an, dass Mitglieder der Privatsicherheit an der Räumung beteiligt waren und dabei unnötig viel Gewalt gebrauchten, Tränengasbomben warfen und Schüsse abfeuerten.

Auch die UVOC verurteilt diese gewalttätige Räumung der BäuerInnen, die in der Gemeinde *20 de Octubre* lebten und fordert eine sofortige Lösung für die betroffenen Familien. Denn das einzige was man bisher feststellen konnte, war die Unfähigkeit des Staates eine Lösung durch Dialog zu finden. In einem Pressebericht gab die UVOC an, dass die Polizei am 14. November am acht Uhr morgens erschien, um mit der Räumung zu beginnen. Bis zum Nachmittag hatten sie allerdings ihr Ziel noch nicht erreicht. Die Polizei quartierte sich also in einer Nachbargemeinde ein, und versetzte diese damit in Angst und Schrecken. Am Folgetag kehrten die BeamtInnen zurück und verbrannten Häuser und Ernten. Berichten zufolge stahlen die PNC-Beamten zuvor Eigentum aus den Häusern und assen die Lebensmittel auf. Zwei Personen wurden während der Räumung verhaftet und zwei Kinder sind als verschwunden gemeldet. Tränengasbomben und Schüsse begleiteten die gesamte Räumung. Die Regierung ihrerseits stelle somit ihre Unfähigkeit, die Menschenrechte der betroffenen Personen, insbesondere das Recht auf Wohnung, Nahrung und Notfallunterkunft, zu schützen, unter Beweis. Erwähnenswert ist die Tatsache, dass die Gemeinde am 12. November eine Einladung vom Fondo de Tierras und dem Sekretariat für Agrarangelegenheiten zu einem Treffen erhielten um einen Verkaufsprozess und damit einen Prozess der Legalisierung ihres Landes zu beginnen. Diese Räumung so kurz danach stellt ein ganzes Jahr von Verhandlungen und die Glaubwürdigkeit der demokratischen Macht in Frage.

Mataquesuintla, Jalapa lehnt in einer Volksbefragung Metallminen ab

Mataquesuintla, 21. November 2012 98 % der wahlberechtigten BewohnerInnen des Ortes Mataquesuintla, Jalapa, haben in einer Volksbefragung am 11. November die Erkundung und Ausbeutung von Minen in ihrer Gemeinde abgelehnt. Die Abstimmung wurde logistisch von der Obersten Wahlbehörde unterstützt. Das Menschenrechtsprokurariat diente als Schirmherr. Der Bürgermeister des Ortes, Hugo Manfredo Loy, gab bekannt, dass 10.022 von 10.375 Stimmen mit Nein votiert hätten.

Das Verfassungsgericht veröffentlichte im *Diario de Centro América* seine Entscheidung, die rechtliche Bindung der Ablehnung aufzuheben, da ein Einspruch der Minengesellschaft San Rafael dagegen vorgelegen hatte.

Loy erklärte, dass sie diese Resolution befolgen werden und alle legalen Aktionen wahrnehmen werden, die möglich sind. Zugleich aber stellte er klar, dass das Volk so entschieden habe und dass diese nicht zurückgenommen werden kann. Die Volksbefragung kam auf Bitten von Nachbardörfern zustande, die gegen die Mine San Rafael protestieren, die auf einem Areal von 60 Quadratkilometern Pläne zu realisieren beginnen haben, Metalle auszubeuten. Entsprechende Explorationen betreffen auch den Grund und Boden von San Rafael Las Flores, San Carlos Alzate und Casillas, Santa Rosa, deren Bevölkerung Schäden an den natürlichen Ressourcen beklagt haben, vor allem am Grundwasser. Yuri Mellini, Direktor des Zentrums für Umwelt- und Soziale Rechtshilfe (CALAS) versicherte, dass die lokalen Autoritäten „den Willen des Volkes respektieren müssen“, denn selbst wenn ihre Willensbekundung nicht in direkter (rechtlicher) Verbindung zu den Entscheidungen der Exekutive stehen, etwa des Energieministeriums, so haben sie doch die Macht, Regelungen in Kraft zu setzen, etwa bei der Landschaftsplanung oder der Last durch Transporte (CEG).

Präsident Pérez Molina eröffnet diesbezüglich parteipolitischen Nebenschauplatz

Der guatemaltekeische Präsident, Otto Pérez Molina hat – laut einem Bericht von *Prensa Libre* - der Partei Libertad Democrática Renovada (LIDER) vorgeworfen, die Proteste gegen die Mine San Rafael in Mataquesuintla, Jalapa, organisiert zu haben. Er nannte die Proteste Akte des „Terrorismus“.

„Uns liegen ausreichende Informationen über die Interessen einer radikalen politischen Opposition vor, die nicht versteht, dass das Land aufgebaut und nicht zerstört werden muss“, sagte der Präsident, kurz nach der Eröffnung einer Energieanlage auf der Zuckerfabrik Ingenio Magdalena, S.A. In *La Democracia*, Escuintla. Diese radikale Opposition sei LIDER, fährt der Präsident fort. Diese glaubten, etwas zu gestalten, indem sie zerstörten und Akte des Vandalismus

förderten, aber das einzige, was sie erzeugten, sei Schlechtes für das Land. Und er teilte weiter aus: LIDER sei es, die Gerüchte streuen würden, dass die Verwaltung militaristisch und autoritär sei, später dass die Guatemaltekeische Bischofskonferenz in der vergangenen Woche die Regierung aufgefordert habe, diese Zweifel zu zerstreuen. Er werde diesen Gerüchten keine Beachtung schenken. Er wisse, wer diese säe. Und – so sagte er direkt zu den anwesenden JournalistInnen – wenn es irgendwelche Beweise dafür gäbe, so würde er sie gerne gerade rücken. Diese Breitseite gegen seine Partei ließ Manuel Baldizón, Generalsekretär von LIDER, naturgemäß nicht auf sich sitzen. Er finde die Aussagen des Präsidenten zynisch „angesichts der Zunahme der Repression, der Gewalt, der Morde und Akte der Korruption, wie sie die Regierungspartei im Kongress vollführe. Baldizón sagte, dass der Präsident offenbar von der Realität abgeschnitten sei. Die sozialen Konflikte seien vielmehr das Ergebnis der Unzufriedenheit im Volk, und fährt fort: „Der größte Förderer der sozialen Konflikte ist die Regierung.“

Der ehemalige Präsidentschaftskandidat forderte Pérez Molina zum Dialog auf und nicht die Opposition für die Ergebnisse der eigenen Politik verantwortlich zu machen.

Protokoll zur interinstitutionellen Zusammenarbeit stärkt Militär

Mit dem Regierungsdekret 285-2012 hat die Exekutive das Protokoll zur Interinstitutionellen Zusammenarbeit beschlossen, das Regelungen beinhaltet, wie die Militärstreitkräfte die zivilen Sicherheitskräfte unterstützt, mit ihr zusammenarbeitet und ihre Arbeit koordiniert. Das Protokoll wurde gemeinsam vom Innen- und Verteidigungsministerium unter Mithilfe des sog. Technischen Sekretariates des Nationalen Sicherheitsrates ausgearbeitet und nun von Präsident Pérez Molina, dem Innenminister López Bonilla, und dem Verteidigungsminister, Ulises Anzueto, unterzeichnet.

In dem Interministeriellen Abkommen wird festgelegt, dass die Unterstützung und Hilfe der militärischen Kräfte zugunsten der zivilen Sicherheitskräfte erfolgen solle, sofern die Sicherheitslagen in Bezug auf organisierte Kriminalität oder auch alltäglichen Verbrechen die Kapazitäten der zivilen Kräfte überschreiten. Bei einer jeden Operation werde es eine Koordinations- und Supervisionsinstanz geben, in der Offiziere sowohl aus dem Personal- und Logistikbereich wie auch aus dem Bereich Nachrichtendienst und Operative Planung zusammenarbeiten. Zugleich wurde vereinbart, dass „jede einzelne wie gemeinsame Aktivität die Menschenrechte beachten müssen.“ Die Entscheidung über gemeinsame Operationen wird zunächst von den lokalen Kommissaren der Zivilen Polizei (PNC) getroffen. Der lokale Kommissar richtet eine offizielle Anfrage an den Kommissar auf Distriktebene, der sich wiederum an die Generaldirektion der PNC wendet. Diese überprüft das Gesuch und leitet es an das Innenministerium zur weiteren Überprüfung weiter. Wenn dieses das Gesuch annimmt, schickt sie die Bitte um Amtshilfe an das Verteidigungsministerium. Falls diese die Notwendigkeit anerkennt, ordnen beide Ministerien die Generaldirektion der PNC sowie die Oberste Stabsstelle des Militärs an, den Prozess der Koordination zu beginnen.

Militärisches Sonderkommando in Antigua

Was in der Notiz der CEG wie ein langweiliger und langwieriger bürokratischer Akt klingt, sind in der Tat die Ausführungsbestimmungen für die Militarisierung der Sicherheitspolitik, wie etwa die Einrichtung von militärischen Sonderkommandos zeigt. Denn das guatemaltekeische Heer hat in Antigua Guatemala, Department Sacatepéquez, ein neues Sonderkommando installiert, deren Aufgabe nach Angaben des Militärsprechers, Erick Escobedo, „der Kampf gegen das Organisierte Verbrechen und die alltäglichen Verbrechen in der Region sein soll“. Die Einheit bestehe aus einem Offizier und 30 Soldaten, die Sicherheitsoperationen in der Departmentshauptstadt sowie in Jocotenango, Santa María de Jesús und Pastores durchführen werde. Das Gebäude ist orangefarben gestrichen und wurde dort eingerichtet, wo früher das Frauengefängnis war.

... und bald eine Spezialbrigade in San Marcos?

Nach Angaben von Escobedo, werde für das kommende Jahr die Eröffnung einer Spezialbrigade im Department San Marcos geplant. Auch diese solle dem Kampf gegen Schmuggelei, den Anbau von Opium und dem organisierten Verbrechen und anderen illegalen Handlungen, die in der Region begangen werden, dienen. (CEG).

Neues zu Totonicapán

Der neue Vorstand der 48 Gemeinden ist kampfbereit

Totonicapán, 11. November 2012 (CEG) 500 Mitglieder der Vereinigung der 48 Gemeinden von Totonicapán wählen neun Personen in den neuen Vorstand, der zum Neuen Jahr seine Arbeit aufnehmen wird. Bei der Wahl, die zwischen 9 und 14 Uhr stattfand, wurden ebenfalls 18 weitere Führungspersönlichkeiten gewählt, die den Vorstand der Amtsrichter und Gerichtsdiener, den höchsten kommunalen Autoritäten in der Provinzhauptstadt Totonicapán, bilden.

Für das Jahr 2013 wurde der 45-jährige Rechtsanwalt und Notar, José Santos Sapón Tax, aus Tierra Blanca zum Vorsitzenden der 48 Gemeinden bestimmt. In seiner ersten Rede vor den Bürgermeistern, drückte Sapón seine Sorge über die von der Regierung geplanten Verfassungsreformen aus und erklärte, dass die Verteidigung der Rechte der indigenen Völker sein Hauptanliegen sei. Sapón versicherte zugleich, dass er und seine Vorstandskollegen sich dafür einsetzen werden, die Umstände der Ermordung der sechs Bürger während der Demonstration vom 4. Oktober auf der Ruta Interamericana zu klären. In diesem Zusammenhang bat er internationale Kräfte um eine Begleitung bei der Suche nach Gerechtigkeit. „Es ist eine große Ehre, diesem Vorstand der 48 Gemeinden vorzustehen, zumal der Posten nicht an die Person, sondern an die Kommune gebunden ist“, sagte Sapón. Er sprach von einer historischen Agenda, die er weiterführen werde. Das Ziel der Vereinigung der 48 Kantone ist die Suche nach dem Allgemeinwohl, der Harmonie und Gleichheit sowie die Durchsetzung der kollektiven Rechte. Während der letzten Monate hat die Gruppe mehrfach gegen die Regierungsvorschläge zur Verfassungsänderung, die Erhöhung der Energiepreise sowie die Reformen der Richterlaufbahn protestiert.

Ein weiterer Mord muss untersucht werden

Totonicapán, 11. November 2012 (CEG) Die Nationale Beobachtungsstelle für indigene Rechte hat die Bundesstaatsanwaltschaft (MP) aufgefordert, den Fall von Domingo Puac aufzuklären. Puac gehörte zu den Organisatoren der Proteste vom 4. Oktober in Cumbre de Alaska. Seine Familie hat ihn seitdem nicht mehr gesehen. Nach seinem Verschwinden hatte die Ombudsstelle für Menschenrechte (PDH) nach eigenen Angaben ohne Erfolg in verschiedenen Krankenhäusern nach ihm gesucht. Sein Leichnam wurde am 27. Oktober in einem Fluss der Gemeinde Pasajoc, Paraje Xesacubaj, Totonicapán, gefunden. Nach Ansicht des Koordinators der Beobachtungsstelle, Mario Itzep, muss geklärt werden, wo Puac zwischen dem Verschwinden und seinem Tod war.

Das Nationale Institut für Forensische Wissenschaften (Inacif) bestätigte, dass er zwischen dem 13. und 20. Oktober gestorben sei. Der Forensiker erklärte, dass die Verwesung eines Körpers sich um den Faktor drei beschleunigt, wenn er im Wasser liegt. Daher könne der Leichnam von Puac nicht länger als vier Tage im Wasser des Pasajoc gelegen haben. Itzep sagte, dass der Fluss, wo sein Leichnam gefunden wurde, nicht wasserreich und daher leicht zu durchqueren sei. Daher glaube er, dass Puac entführt und später dort erschlagen und abgelegt wurde.

Die Staatsanwaltschaft hat bislang keinerlei Informationen über irgendwelche Untersuchungen zu dem Fall abgegeben.

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber:

Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V.

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Jahresabonnement 50.-€

Abo in der Schweiz:

Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6